



Quelle: DIGITAL Granma INTERNACIONAL, Havanna, 22. September 2011

Feindseligkeit der USA beeinträchtigt das Fernmeldewesen Kubas

Havanna, 21. September.— Die Blockadepolitik der Vereinigten Staaten brachte dem Fernmeldewesen Kubas allein von Mai 2010 bis April dieses Jahres Verluste von über sieben Millionen Dollar ein.

Einem Bericht der Insel an die UN-Generalversammlung zufolge konzentrierte sich die US-amerikanische Aggressivität sowohl auf die Verhinderung des Kaufs von Komponenten und Geräten durch die Betriebe dieses Bereiches als auch auf Hindernisse, die Kubanern beim Surfen im Internet in den Weg gelegt werden, ganz besonders in den sozialen Netzwerken.

Twitter erkannte im Oktober des vergangenen Jahres seine volle Verantwortung für die Blockierung des Versands von SMS-Mitteilungen per Mobiltelefon aus Kuba auf seine Plattform an.

Darüber hinaus wurde im vergangenen Monat April bekannt, dass das soziale Netzwerk, das weltweit über mehr als 100 Millionen aktiver Nutzer hat, die Kubaner an der Nutzung bestimmter Anwendungen hindert, mit dem Argument, dass der Zugriff aus einem verbotenen Land erfolgt.

Das Finanzhaus Synivere unterließ ab Februar 2011, die Zahlungen für das "Roaming" der Mobiltelefone an das kubanische Telekommunikationsunternehmen Etecsa zu leisten, eine der wichtigsten Einnahmen, über die diese Gesellschaft genau wie andere gleichartige Unternehmen der Welt verfügt.

Mit der Begründung, dass ihre Bank keine Geschäfte mit Kuba abwickeln kann, schuldet Synivere nun Etecsa etwa 2,6 Millionen Dollar.

Mit breiter internationaler Unterstützung — wie es seit 1992 der Fall ist — und angesichts Situationen wie der beschriebenen, schicken sich die kubanischen Behörden zum zwanzigsten Mal in Folge in der UNO an, das Weiße Haus wegen der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade anzuklagen, die es gegen die Insel aufrecht erhält.

Dem Bericht Kubas zufolge, der in der vergangenen Woche in Umlauf gebracht wurde, rief diese Politik bis Dezember 2010 zu den gegenwärtigen Preisen und sehr konservativ berechnet direkte wirtschaftliche Schäden von insgesamt 104 Milliarden Dollar hervor. (PL)